

osteuropa



Krisenbogen

Russland, Belarus, Polen

osteuropa

71. JAHRGANG / HEFT 8–9 / 2021

Krisenbogen

Gewalt und Unrecht im Osten Europas

<i>Editorial</i>	Krisenbogen	3
<i>Marta Bucholc</i>	Spinnrad im Dauerbetrieb	
<i>Maciej Komornik</i>	Der Justizumbau in Polen	5
<i>Piotr Buras</i>	Polen wirft den Fehdehandschuh Eskalation des Rechtsstaatlichkeitskonflikts	25
<i>Kai-Olaf Lang</i>	Migranten und Soldaten Die Krise an der polnisch-belarussischen Grenze	39
<i>Ansgar Gilster</i>	„Recht wird an inhumane Praxis angepasst“ Die EU-Ostgrenze und das Asylrecht	53
<i>Andreas Umland</i>	Kein fauler Kompromiss! Der Donbass, die Ukraine und der Westen	61
<i>Andrej Močalov</i>	„Der Willkür sind keine Grenzen gesetzt“ Politische Prozesse in Belarus. Ein Gespräch	69
<i>Dokumentation</i>	Die Menschenrechtslage in Belarus	77
<i>Dokumentation</i>	Verbotene NGOs in Belarus	85
Krisenherd Russland		
<i>Dietrich Beyrau</i>	Im Kreislauf der Geschichte Die Macht und ihre Widersacher in Russland	113
<i>Frithjof Benjamin Schenk</i>	„Kampf im Westen, Demut im Osten“ Aleksandr Nevskij in Russland	137
<i>Aleksej Levinson</i>	Loyalitätsrituale	
<i>Stepan Gončarov</i>	Russland: Das Volk, die Wahl und das Regime	163

<i>Ekaterina Šul'man</i>	Januskopf Staatsduma Akteur und Verwaltungsorgan	181
<i>Silvia von Steinsdorff</i>	Mehr als ein Schattenparlament? Russlands Duma im autokratischen Staat	193
<i>Sabine Fischer Jens Siegert</i>	Überleben in der Autokratie Russlands Zivilgesellschaft unter Druck	203
<i>Ulrich Schmid</i>	Anatomie einer Diskreditierung Russlands Staatsmedien und <i>Memorial</i>	225
<i>OVD-Info Dokumentation</i>	Diskriminierung auf ganzer Linie Russlands Gesetz über „ausländische Agenten“	241
<i>Dokumentation</i>	„Ausländische Agenten“ und „unerwünschte Organisationen“ in Russland	249

Karte: Polens Ostgrenze

Abstracts	269
------------------	------------

Krisenbogen

Entfernungsrechner erwecken den Anschein objektiver Tatsachen: Die Luftlinie zwischen Berlin und Moskau beträgt 1608 Kilometer. Von Moskau nach Peking ist es mit 5793 Kilometern fast dreimal so weit. Berlin und Minsk trennen 953 Kilometer, Minsk und Pjöngjang 7251 Kilometer.

Diese Entfernungen waren im Dezember 1991 dieselben, als sich die Präsidenten von Russland, Belarus und der Ukraine auf einer Datscha am Rande des belarussisch-polnischen Naturschutzgebiets *Belavežskaja pušča* zunächst gegenseitig der territorialen Integrität ihrer Staaten versicherten und sich dann auf das Ende der Sowjetunion verständigten. Am 31. Dezember 1991, Punkt Mitternacht, trat die UdSSR von der politischen Weltbühne ab. Drei Jahrzehnte ist das nun her. Aber im erinnerungskulturellen Kalender Europas spielt dieser Jahrestag kaum eine Rolle. Das ist falsch. Denn während der Untergang multinationaler Imperien bis dahin Millionen Menschenleben in Krieg, Genozid und Vertreibung gekostet hatte, löste sich die Sowjetunion weitgehend friedlich auf. Das ist angesichts des Konfliktpotentials und der einsatzbereiten Massenvernichtungsmittel vor Ort bemerkenswert. Das lange Jahr 1991, das mit dem Fall der Mauer 1989 begonnen hatte, bleibt ein *annus mirabilis*. Das welthistorische Abtreten der kommunistischen Führungsmacht war wie eine notarielle Beglaubigung, dass nun auch der Ost-West-Konflikt der Geschichte angehört. Bereits im November 1990 waren alle Mitglieder der KSZE, also auch die Sowjetunion, in Frankreich zusammengekommen. In der „Charta von Paris für ein neues Europa“ – so der vollständige Titel – erklärten sie: „Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen.“ Die Regierungen verpflichteten sich, „die Demokratie als die einzige Regierungsform unserer Nationen aufzubauen, zu festigen und zu stärken, [. . .] Menschenrechte und Grundfreiheiten [. . .] zu schützen und zu fördern.“ Alle Staaten unterstrichen die Bedeutung von regelmäßigen, freien und gerechten Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und der Geltung von Bürger- und Minderheitenrechten.

In diesem Moment schrumpfte die Entfernung zwischen Berlin und Moskau auf den kognitiven Landkarten der Europäer auf ein Minimum. Dagegen wuchs die politische Distanz zu den Diktaturen in China und Nordkorea erheblich. Nie zuvor hatten sich Deutsche und Russen, Polen und Belarussen, Europäer in West und Ost einander näher gefühlt. Aus Feinden wurden Freunde, an die Stelle der Konfrontation rückte der Wille zur Kooperation. „Gemeinsame Sicherheit“ war mehr als ein entspannungspolitisches Schlagwort.

Von diesem Geist der Zeit ist nichts geblieben. Seit zwei Jahrzehnten haben sich die politischen Regime in Russland und Belarus Schritt für Schritt von den Prinzipien der Charta von Paris abgewandt, die auch die Geschäftsgrundlagen des Europarats sind. Heute haben das Putin- und das Lukašenka-Regime für diese Prinzipien nur noch Verachtung übrig – und Repressionen. Wer es in Russland und Belarus noch wagt, Grundfreiheiten wie die Presse- und Versammlungsfreiheit wahrzunehmen, freie Wahlen zu fordern und für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einzutreten, wird drangsaliert, kriminalisiert und inhaftiert. Seit der Rückkehr des Oppositionellen Aleksej Naval’nyj nach Russland im Januar 2021 und der gewaltsamen Auflösung der Demonstrationen gegen seine Verhaftung hat das Putin-Regime eine Repressionsspirale in Gang gesetzt, die immer neue Kreise erfasst. Betroffen sind Oppositionelle, Freigeister, Journalisten sowie eine wachsende

Zahl von NGOs und unabhängigen Medien, wie es die Analyse von OVD-Info im vorliegenden Heft zeigt. Ende Dezember 2021 traf es die älteste und renommierteste NGO Russlands, die sich um die Aufarbeitung des Stalinismus, die Rehabilitation der Opfer und den Schutz der Menschenrechte verdient gemacht hat. *Memorial International* und das *Menschenrechtszentrum Memorial* wurden zwangsaufgelöst – aus rein politischen Gründen und nach sorgfältiger massenmedialer Vorbereitung, wie Ulrich Schmid belegt. Mit diesem Verbot versucht der Kreml zu signalisieren, dass künftig keine NGO ihrer Existenz mehr sicher sein kann. Das übergeordnete Ziel ist die Zerschlagung der Zivilgesellschaft. In Moskau und Minsk sind Schauprozesse wieder an der Tagesordnung. In Belarus werden Gesichter der Freiheit wie Maryja Kalesnikava, der Rechtsanwalt Maksim Znak oder der Blogger Sjarhej Zichanoŭski nach kafkaesken Verfahren für ein Jahrzehnt oder länger weggesperrt. Über 900 Inhaftierte gelten als politische Gefangene. Zehntausende Menschen aus Belarus und Russland haben sich nach Tiflis oder Kiew abgesetzt oder sind nach Warschau, Berlin, Prag, Vilnius oder Riga geflüchtet und haben in der EU politisches Asyl beantragt.

Putin droht der Ukraine (und der EU) mit einem neuen Krieg. Und Lukašenka betreibt ein perfides Spiel: Er hat Tausende Migranten aus dem Irak und Syrien, die dem langen Schatten der Gewalt, des Terrors und des Elends unter den Diktatoren Saddam Hussein und Baschar al-Assad zu entkommen hofften, mit dem Versprechen nach Belarus gelotst, dass sie von dort in die EU gelangen können. Doch statt dessen sind diese leichtgläubigen Migranten zu Geiseln des belarussischen Diktators geworden, der sie in der Belavežskaja pušča als Druckmittel gegen Polen und die EU einsetzt und eine neue Krise an der belarussisch-polnischen Grenze ausgelöst hat. Dass Polens Regierung unter Führung der nationalkonservativen PiS diese Krise willkommen ist, um die eigenen Reihen zu schließen, die Erosion ihrer Machtbasis zu stoppen und vom Konflikt Warschau mit Brüssel über die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit im eigenen Land abzulenken, steht auf einem anderen Blatt.

Fakt ist: Mit jeder dieser repressiven Entscheidungen sind die Entfernung und die damit einhergehende Entfremdung zwischen Berlin und Moskau sowie der EU und Russland gewachsen. Nie waren sich Moskau und Peking politisch näher als heute. Und der Weg zur Verständigung ist von Minsk nach Pjöngjang jetzt kürzer als nach Vilnius oder Warschau. Die vermeintlich objektive geographische Entfernung hat grundlegend an Bedeutung verloren.

Der Raum von Moskau über Minsk und Kiew bis Warschau ist zu einem einzigen Krisenbogen geworden. Konflikte und Krisen überlagern und verstärken sich. In ihrer Komplexität erinnern sie an einen gordischen Knoten. Aber niemand ist da, der ihn durchschlagen wird. Das Dilemma ist offenkundig: Das Putin-Regime und das Lukašenka-Regime benötigen Repression, Krisen und kriegerische Drohgebärden wie die Luft zum Atmen. Sie sind sich ihrer Eskalationsdominanz sicher. Wer dagegenhält, begibt sich auf das Feld, auf dem diese rücksichtslosen Regime ihre Stärke haben. Wer glaubt, sie durch Dialog besänftigen zu können, verkennt ihre Natur. Es sind alte Instrumente aus dem Werkzeugkasten der internationalen Politik, die nun gebraucht werden: nüchterne Analyse der Interessen, realistische Einschätzung der Kräfte, vorausschauendes Handeln, Sachlichkeit im Ton, Konsequenz im Handeln.

A b s t r a c t s

Arc of Crisis

Violence and Disrespect for the Law in Eastern Europe

Marta Bucholc, Maciej Komornik
Spinning Wheel in Perpetual Motion
Judiciary Reform in Poland

The destruction of the rule of law in Poland continues, and the conflict with the European Union is escalating. Legal chaos now reigns. One-sixth of the judges in ordinary courts have now assumed office with the involvement of the National Council of the Judiciary. They have issued more than two million rulings. But as the European Court of Justice (ECJ) has confirmed, their appointment contradicted European law. According to the ECJ, Polish courts are obligated to examine the independence of these judges and their rulings. The government has been backed into a corner and is reacting by intensifying the conflict. A gag law prohibits this examination. Judges who adhere to judicial independence are bullied by the chairmen who have assumed office under the government formed in 2015, or they are treated patronisingly by the equally contentious disciplinary chamber. Now the government has resorted to the big guns. The Polish Constitutional Court, which is subservient to the government, has certified that the ECJ exceeded its powers, and that the Treaty on European Union is incompatible with the Polish constitution. Poland is facing fines and subsidy cuts, but giving in is not this government's style..

Piotr Buras
Poland Throws Down the Gauntlet
The Conflict with the EU over the Rule of Law Escalates

Poland's conflict with the EU over the Polish government's judicial reform and the norms of rule of law has intensified. Poland is unwilling to recognize a ruling from the European Court of Justice that declared the Disciplinary Chamber, the centrepiece of the Polish reform, illegal. Warsaw refuses to pay the fines imposed. In October 2021, Poland's Constitutional Court ruled that the primacy of EU law contradicted the Polish constitution. The shrill word "Polexit" made the rounds. The Polish government has opted for confrontation with the EU. There are domestic political reasons for this, as support for the ruling Law and Justice party is in decline. But radicalization and confrontation will lead to a dead end.

Kai-Olaf Lang
Migrants and Soldiers
The Crisis on the Polish-Belarusian Border

Poland reacted quickly and cruelly to the growing number of migrants on its border with Belarus. The national government in Warsaw saw in this an attempt by the regime in Minsk to destabilize Poland and responded by sealing the green border with barriers and deploying a massive contingent of border guards and soldiers to the region. Laws were also tightened. Polish and international human rights organizations have criticized the violation of international law, while the church has taken a mediating position. For the government, the crisis has a strong security policy dimension. It perceives an act of hybrid warfare involving Russia. Warsaw has received far-reaching support within the European Union. However, the attempt to divert attention from the conflict with Brussels over the rule of law has not succeeded.

Ansgar Gilster
“The Law is Being Adapted to Inhumane Practices”
A Discussion about the EU’s Eastern Border and the Right to Asylum

In June 2021, Lithuania registered an increasing number of people entering the country from Belarus over its lightly guarded frontier border. A few weeks later, this happened again on the Polish-Belarusian border. There, too, people from Syria, Iraq, or Afghanistan tried to reach the EU by slipping through the forests. Poland has sealed off the border with a large police and military force and wants to build an insurmountable barrier. Lithuania and Latvia are also opting for sealing themselves off to the east – and the European Union is supporting them. A discussion about asylum law, humanity, and the scale of the crisis.

Andreas Umland
No Lazy Compromises!
The Donbass, Ukraine, and the West

The conclusion of peace between Russia and Ukraine is an important goal. But experience shows that concessions to Russia do not secure lasting peace in the post-Soviet space. Western indulgence and Ukrainian weakness send the wrong signals. Concessions to Moscow from Kiev will not lead to a solution of the basic conflict and could destabilize Ukraine.

„There are no limits to arbitrariness“
Lawyer Andrei Mochalov on political trials in Belarus

Since mid-2020, more than 1,000 people have been arrested in Belarus and sentenced in political criminal proceedings amid the coarsest violations of the principles of the rule of law. Some have served their sentences, but many have been sentenced to five, ten, or even 14 years in a penal colony. Moreover, many thousands of people were arrested and sentenced to prison for participating in the major protests that followed the presidential elections in August and September. Lawyer Andrei Mochalov has defended numerous people in administrative proceedings and politically motivated criminal trials. He reports on the arbitrariness of the courts, the ubiquity of torture, and the impunity that the perpetrators from the ranks of the authorities can expect.

Dietrich Beyrau
In the Cycle of History
Power and Its Adversaries in Russia

The Putin regime is expanding its power, suppressing opposition and society's autonomy. The situation is reminiscent of earlier eras. Andrei Sakharov and Alexei Naval'nyi, their reference to law, yesterday's Chronicle of Current Events, and today's social media with its documentary power are parallels. It seems that Russia's historical development is caught in a cycle. Society's considerable creativity and mobilizing power faces the leadership's equally remarkable destructive potential. Power triumphs at the expense of society.

Frithjof Benjamin Schenk
"Struggle in the West, Humility in the East"
Aleksandr Nevskii in Russian History Policy

In 2021, Russia will celebrate the 800th anniversary of the birth of Aleksandr Nevskii, both saint and national hero. The state, the Orthodox Church, and the Military-Historical Society will honour him with monuments and exhibitions. In the cultural memory of the 1990s, the Novgorod prince was present in diverse forms, as a figure of local historic significance or someone who formed a regional identity. Today, a state-serving, patriotic reading dominates. In Russia's current culture of remembrance, Aleksandr Nevskii is regarded as a guarantor of "Russian statehood", a defender of Russia's "autonomy".

Aleksei Levinson, Stepan Goncharov
Russian Rituals of Loyalty
The People, the Elections, and the Regime

Elections to the State Duma took place in September 2021. In today's Russia, however, elections are not an open procedure for appointing holders of public office. Rather, they are an act of the state exercising its power. They serve the function of checking in on the loyalty of citizens and members of the state apparatus at all levels. These rituals of loyalty found their way into the country's political culture under Stalinism. For a large part of the population, casting a vote is once again a ritual act. It feeds on the individual's desire to be a part of the majority. Nonetheless, elections in authoritarian systems also offer insights into social attitudes, changes in values, and the structure of public opinion.

Ekaterina Shul'man
The State Duma as Janus
Actor and Administrative Body

Russia's State Duma is not a democratic parliament. But it is more than just staffage in a totalitarian system. And it is also more than a "rubber-stamp" that notarises legislative proposals submitted by the presidential administration. A mandate in the State Duma offers diverse opportunities to pursue personal or collective interests. The State Duma is an "battlefield of the elites" where ministries, authorities and economic interest groups feud with one another. Social interests are hardly represented in the Duma.

Silvia von Steinsdorff
More than a Shadow Parliament?
Russia's State Duma within an Autocratic State

De jure, the State Duma has the constitutional prerequisites of a democratic parliament. De facto, the State Duma ekes out a shadowy existence in the power structure of the Russian state. It forms an important component part of the "vertical of power", which helps President Putin secure his authoritarian regime. As an efficient legislative machine, the Duma creates the legal basis for bureaucratic presidential rule.

Sabine Fischer, Jens Siegert
Survival in Autocracy
Russia's Civil Society under Pressure

Russia has become an autocracy. The Putin system is trying to stabilize its rule by means of repression. This affects different segments of the population. Representatives from organizations working in environmental protection, gender equality, social inclusion, or human rights report that the work of civil society is growing more difficult. The regime is restricting their freedom of manoeuvre. But they are still there. Individuals and NGOs are trying to deal with the restrictions and repression. They practice solidarity and resist the pressure to atomize. They are sticking to their goals of participation and personal responsibility. They need staying power.

Ulrich Schmid
Anatomy of a Discreditation Process
Russia's State Media and Memorial

The ban on the human rights organization Memorial was prepared in Russia's state-friendly media well in advance. The television stations NTV and Rossiia attacked Memorial's projects and advocates by way of propagandistic contributions. They used diverse artifices of political PR. The implements come from a universal tool kit employed in many states around the world – be they democratic or autocratic. However, they conveyed content specific to Russian history policy: what's at stake is interpretive sovereignty over a heroic historical image, which is to be achieved by all manner of the propagandistic arts.

OVD-Info
Discrimination across the Board
Russia's Law on "Foreign Agents"

Since 2012, Russia has had legislation on "foreign agents". This contradicts the Russian constitution and violates international conventions. Contradictory legal provisions, unclear criteria for classification as a "foreign agent", the constant expansion of lists among non-profit organizations, independent media, and individuals, as well as administrative arbitrariness create an atmosphere of fear and uncertainty. A decline of civil society, a decrease in transparency and citizen control, and a deterioration in communication between the authorities and society can be observed. This leads to increasingly poor governance.